

DVPB Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V.
z.Hd.: Herr Dr. Kenner
Landesvorsitzender
Callinstr. 22
30167 Hannover



CDU

29.06.2022
sk

Per E-Mail: steve.kenner@dvpb-nds.de

Beantwortung der Anfrage

Sehr geehrter Herr Dr. Kenner,

vielen Dank für Ihre Mail. Damit Sie sich ein umfangreiches Bild über die Ziele und Maßnahmen der CDU in Niedersachsen für die nächste Legislaturperiode in Niedersachsen machen können, beantworten wir sehr gerne Ihre Fragen.

Antworten auf die Fragen des DVPB zur niedersächsischen Landtagswahl 2022

1. Werden Sie sich in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, politische Bildung mit dem notwendigen Verfassungsrang auszustatten?

Wachsende Herausforderungen und eine zunehmende Infragestellung von Rechtsstaatlichkeit, europäischer Friedensordnung und parlamentarischer Demokratie werfen ein stärkeres Schlaglicht auf die Vermittlung politischer Bildung in Schule und Gesellschaft. Hierzu gehören die einschneidenden Ereignisse der Corona-Pandemie, die wachsende Bedeutung rechtspopulistischer Bewegungen einschließlich der Reichsbürger und die Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands in der Ukraine. Die immer stärkere Herausbildung autoritärer Regierungskonstellationen und der damit einhergehende Anstieg von gewaltsamen Auseinandersetzungen machen deutlich, wie leicht die freiheitlichen- demokratischen Grundordnungen vieler Länder in Gefahr geraten können. Aus diesem Grund werden wir die politische Bildung stärken und ihre Präsenz in der Fläche ausbauen. Die Aufnahme der politischen Bildung in die Niedersächsische Verfassung sollte angesichts der Vielfalt

anderer Wünsche um Berücksichtigung vorsichtig erwogen werden. Wichtiger erscheint die tatsächliche Lage der politischen Bildung in Niedersachsen. Dabei ist auf die Freiheit der Erwachsenenbildung zu achten, ihre Inhalte selbst zu bestimmen und an den Bildungsbedürfnissen der Menschen auszurichten.

2. Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie? Wie wollen Sie den Mangel an Fachkräften und dem fachfremd erteilten Politikunterricht an allen Schulformen entgegenwirken?

Im Lernort Schule werden die Grundlagen für die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen gelegt. Hierzu tragen ein qualitativ hochwertiger und aktuelle Herausforderungen berücksichtigender Unterricht in den Fächern Geschichte, Politik und Wirtschaft sowie verwandter Fachkombinationen entscheidend bei. Die CDU setzt sich für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Curricula ein. Hierzu gehören z.B. eine stärkere Berücksichtigung der Themen Flucht und Vertreibung, Deutsche Teilung und Einheit sowie Migrationsgeschichte. Als außerschulische Lernorte stellen unsere Gedenkstätten und Museen wichtige Partner in der Vermittlung zeitgeschichtlicher und politischer Bildung dar. Die CDU setzt sich für eine fächerspezifische Lehrkräftebedarfsplanung ein, um die Ausbildungsbedarfe an den lehrkräftebildenden Hochschulen verlässlicher planen zu können. Darüber hinaus setzen wir uns für eine nachhaltige Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufs ein. Ganz wichtig ist in diesem Kontext, den Quereinstieg zu verbessern, um Berufserfahrene, auch aus dem Bereich der politischen Bildung, für den Lehrerberuf zu gewinnen.

3. Planen Sie konkrete Schritte, wie beispielsweise die Einrichtung zweckgebundener Haushaltsmittel für jede Schule zur Förderung der politischen Bildung (bspw. Für Projekte und Kooperationen) oder die Ausweitung von Anrechnungsstunden für Kolleg*innen, die sich für die Etablierung von politischer Bildung als Querschnittsaufgabe engagieren (bspw. Über Projekte oder Arbeitsgemeinschaften)?

Die Vermittlung einer hochwertigen Schulbildung für alle Schülerinnen und Schüler gehört zu den zentralen Herausforderungen, um der jungen Generation einen optimalen Start in ihre Bildungs- und Berufslaufbahn zu gewährleisten. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob durch zusätzliche Mittel alleine messbare Verbesserungen in einem Unterrichtsfach erzielt werden können. Daher werden wir gemeinsam mit den Lehrkräfteverbänden prüfen, wie individuelle Herausforderungen in den einzelnen Fächern ggf. neu adressiert werden können. Aus Sicht der CDU kommt es dabei in der eigenverantwortlichen Schule auch darauf an, dass die Schulleitungen, die Kollegien sowie die Schulgremien geeignete Handlungsspielräume sichern können. In der Pandemie wurde deutlich, welche hohe

Bedeutung eine aktive Einbindung außerschulischer Lernorte gerade in Politik- und Geschichtsunterricht hat. Daher wollen wir hier weitere Akzente setzen. Hierzu können auch ergänzende Projekt- oder Kooperationsmodelle gehören, z.B. im Rahmen des Nachmittagsunterrichts.

4. Wie planen Sie die Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Niedersachsen leisten?

Die außerschulische politische Bildung wird auf der Grundlage des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes (NEBG) und den darauf basierenden Verordnungen mit einem erhöhten Faktor bei der Finanzhilfe für die Einrichtungen berücksichtigt. Darauf aufbauend werden wir mit Investitionen in die digitale Ausstattung der Lehre einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass politische Bildung und Weiterbildung als lebensbegleitendes Lernen ein fester Bestandteil der Jugend- und Erwachsenenbildung ist. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass der digitale Austausch und die multimediale Vernetzung aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken sind. Die breitere Verfügbarkeit digitaler Lehr- und Lernmaterialien und -angebote eröffnet dabei neue Chancen: für neue didaktische Grundlagen und berufs- und lebensbegleitende Bildungsangebote für qualitativ hochwertige Bildung in einer digitalen Welt und die Vernetzung unterschiedlicher Akteure der Weiterbildung. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen und fördern, sich stärker in der Fort- und Weiterbildung sowie in der Erwachsenenbildung zu engagieren. Zudem werden wir die Zusammenarbeit der Hochschulen, berufsbildenden Schulen, Meisterschulen des Handwerks und Einrichtungen der Erwachsenenbildung fördern um den Wissens- und Technologietransfer in Wirtschaft und Gesellschaft zu gewährleisten.

5. Planen Sie die finanziellen Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung auszubauen? Falls ja, in welcher Größenordnung? Welche weiteren Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?

Die 2016 neu errichtete niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung werden wir ausbauen und weiterentwickeln. Auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Fokussierung auf digitale Formate von Anbeginn die richtige Strategie war. Diesen profilbildenden Ansatz der politischen Bildungsarbeit der Landeszentrale werden wir mit weiteren im Haushalt der Landeszentrale verankerten Mitteln unterstützen. Die Landeszentrale für politische Bildung soll darüber hinaus mit anderen Akteuren der politischen Bildung in Niedersachsen, z.B. den Einrichtungen der öffentlich geförderten Erwachsenen- und Weiterbildung, besser vernetzt werden.

Mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir gemeinsam unser Land nach vorne bringen. Der Landesvorsitzende Dr. Bernd Althusmann und der Generalsekretär Sebastian Lechner haben am 22. April den Entwurf des Regierungsprogramms zur Landtagswahl am 9. Oktober vorgestellt. Nun geht es in die nächste Phase, in der alle Niedersachsen eingeladen sind, ihre Ideen einzubringen. Gleichzeitig geht es in die Beratung innerhalb der Niedersachsen Union, sodass am 9. Juli 2022 auf dem Landesparteitag das Regierungsprogramm abschließend beraten wird.

Alles Gute für Sie und bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CDU in Niedersachsen